

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für den Verleger: 20 011.

Bezugs-Gebühr
In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Anzeigen-Preise.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. (mit Familienanzeigen, Einzeln unter 1000 M. u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25.— M. Fortsetzung laut Tarif. Auswärt. Anzeigen ges. Vorausbezahl. Einzelpreis 6.— M. Vorabendblätter 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Steydt & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Streikverbot der Reichsregierung.

Der Wortlaut der Verordnung.

Wachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Febr. Die vom Reichspräsidenten Ebert erlassene Verordnung betreffend Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Reichsgebiete folgendes:

§ 1. Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten. Wer einen Beamten der Reichsbahn zu einer hier nach verbotenen Einstellung oder Verweigerung der Arbeit ansetzt oder anreizt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ebenso wird bestraft, wer zur Durchführung einer verbotenen Niederlegung oder Verweigerung der Arbeit an Instruktionen, Fahrpläne, Maschinen, Vorräten oder sonstigen Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch welche die ordnungsgemäße Fortsetzung des Betriebes der Reichsbahn unzumänglich gemacht oder erschwert wird.

§ 2. Wird durch unzulässige Einstellung oder Verweigerung der Arbeit der Betrieb der Reichsbahn ganz oder teilweise stillgelegt oder erschwert, so ist der Reichsverkehrsminister berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsvorrichtungen zu sichern, sowie alle Maßnahmen zu treffen, die zur Weiterführung des Betriebes notwendig sind.

§ 3. Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die im Betriebe der Reichsbahn die Arbeit weiterführen oder Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen diesfalls in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden. Wer zu einer solchen Benachteiligung auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1922 in Kraft.
Berlin, 1. Februar 1922.

Der Reichspräsident. gen. Ebert.
Der Reichskanzler. gen. Dr. Birkh.
Der Reichsverkehrsminister. gen. Groener.

Der Streikbeschluss der Reichsgewerkschaft.

W. I. B. meldet:

Berlin, 1. Februar. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter beschloß mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, kommende Nacht ab 12 Uhr in den Streik einzutreten.

Die Würfel sind gefallen und der Rubikon ist überschritten. Ob die Mehrheit, die den verhängnisvollen Streikbeschluss gefasst hat, sich der überhöhten Verantwortung, die sie damit auf sich geladen hat, bewusst gewesen ist? Sie hat jedenfalls nicht den moralischen Mut gehabt, den Hebern und Schürern offen die Seiten zu bieten und ihr Treiben gebührend zu brandmarken als das, was es in Wahrheit ist: ein Verbrechen an der Nation. Bei der Beratung im Hauptauschuss des Reichstages ist dieser Charakter des Ausstandes von bürgerlicher Seite übereinstimmend mit aller Entschiedenheit festgestellt worden; auch der demokratische Vertreter nahm kein Blatt vor den Mund, sondern kennzeichnete das Verhalten der Streikenden ohne Umschweife als verbrecherisch. Sämtlich steht auch die Oppositionsgruppe der Reichsgewerkschaft, die den Streik verurteilt, auf dem gleichen Standpunkt, wenn sie den konfliktfördernden Elementen ins Bewusstsein ruft, daß jede schwere Erschütterung der Lage Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick zu unübersehbaren Folgen führen würde. Wenn trotzdem jede Rücksicht auf das Allgemeinwohl mißachtet und in kritischer Stunde ein Streik vom Zaun gebrochen wird, so ist die zwingende Schlussfolgerung gegeben, daß ein solches Verhalten ein Verbrechen wider die Nation darstellt. In dieser Richtung bewegt sich auch die in letzter Stunde erlassene Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot der Arbeitsniederlegung. Die Reichsregierung wird in Ausführung dieser Verordnung ihre ganze Energie aufwenden müssen, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die schlimmen Wirkungen eines Streiks auf das wirtschaftliche Leben nach Möglichkeit einzuschränken. Die Kundgebung der Reichsleitung und die mit ihr übereinstimmende Erklärung des Präsidenten der Generaldirektion Dresden, daß jeder Be-

amte, der sich an einem Streik beteiligt, seine Pflicht auf das Schwerste verletzt und erste Folgen seiner Pflichtverletzung zu gewärtigen hat, entsprechen durchaus dem Empfinden der öffentlichen Meinung, die nun aber, auch mit aller Bestimmtheit erwartet, daß es auf Seiten der Regierung nicht bei bloßen Worten bleibt, sondern daß die angeforderten Maßnahmen mit der denkbar größten Energie durchgeführt werden. Wenn die Streikpartei in der Reichsgewerkschaft den Versuch macht, das strenge Vorgehen gegen streikende Beamte als eine Bedrohung der Koalitionsfreiheit hinzustellen, so ist das lediglich ein tendenziöses Manöver, um die allgemeine Aufmerksamkeit von dem springenden Punkt, dem verbrecherischen Angriff auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Nation, dem brutalen Griff an die Börse des Volkes, abzuwenden. Das Koalitionsrecht den Beamten freilich zu machen, daran denkt kein Mensch. Die besondere Rechtsstellung der Beamten im Staate aber bringt es mit sich, daß ihnen das Streikrecht nicht zugesprochen werden kann, wie ja auch umgekehrt der Staat nicht die Befugnis besitzt, Beamte auszusperrn. Darüber war sich vor der Umwälzung mit Ausnahme der Sozialisten alle Welt einig und auch heute noch besteht darüber bei den bürgerlichen Parteien kein Zweifel. Dieser Standpunkt ist auch im Hauptauschuss des Reichstages von bürgerlicher Seite unerschütterlich vertreten worden. Auch im Auslande denkt man genau so, und es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, mit welcher rücksichtslosen Strenge vor dem Kriege Elementen gegen die Beamten vorging, die das französische Verkehrsleben durch einen allgemeinen Post- und Telegraphenstreik stillzulegen unternommen hatten. Im Hauptauschuss des Reichstages ging denn auch die allgemeine Stimmung auf bürgerlicher Seite dahin, daß in diesem Falle Energie die oberste aller Tugenden sei, und von allen Seiten wurde der leitenden Stelle zugerufen: „Landgraf, werde hart!“ Selbst in mehrheitlich sozialistischen Kreisen wird offenbar die ungeheuerliche Willkür dieses Ausstandes, die schändliche Mißachtung aller öffentlichen Interessen, die darin anzutage tritt, peinlich empfunden. Der Parteivorsitzende Müller-Franklin erklärte im Hauptauschuss rund heraus, keine Partei könne eine Forderungsbekämpfung von 50 bis 60 Milliarden Mark, wie sie das Ultimatum fordere, verantworten, und der „Vorwärts“ gab noch in erster Stunde den Rat, den Kampf zu vermeiden. Die Mehrheitsozialdemokratie, der nunmehr die Herrschaft über die Massen entzogen ist, wird sich nicht verhehlen dürfen, daß sie im Grunde nur erntet, was sie selbst im jahrelangen Verbrechen gesät hat.

Wenn den Beamten das Streikrecht im öffentlichen Interesse abgesprochen werden muß, so erwächst der Regierung selbstverständlich zum Ausgleich die Verpflichtung, mit besonderer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit auf die Befriedigung aller berechtigten Forderungen der Beamten Bedacht zu sein. In dem vorliegenden Falle ist nun gewiß in mander Hinsicht eine Notlage vorhanden, und diese muß nach besten Kräften abgemildert werden, aber der Staat muß dabei innerhalb der Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bleiben. Ueber diesen Punkt ist nicht hinweg zu kommen und beim Vorherrschenden guten Willens auf beiden Seiten wird sich auch im gütlichen Verhandlungswege ein befriedigender Ausgleich erzielen lassen. Inzwischen aber muß der staatliche Kampf gegen den Ausstand mit aller Kraft aufgenommen und durchgeführt werden. Je entschlossener und erfolgreicher das geschieht, desto mehr Vertrauen wird man auch im Auslande an der wiedererwachten Lebenskraft der staatlichen Autorität in Deutschland gewinnen. Die jetzigen Erfahrungen machen es unumgänglich, den angeregten Gedanken, die Beteiligung von Beamten an Streiks nicht nur disziplinarisch zu verfolgen, sondern auch dem allgemeinen Strafgesetze zu unterwerfen, weiter zu verfolgen. Auch wird es notwendig sein, bei der Beratung der Schlichtungsordnung im Reichstag die im Reichswirtschaftsrat gezeichneten Vorschriften über die Bestrafung der Teilnahme an Streiks, die ohne Anrufung der Schlichtungsstelle ingeniert werden, wieder herzustellen. Das duldsame Verhalten und Geschehenlassen auf diesem Gebiete kann nicht so weiter gehen, weil es die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Lebens nicht bloß zu erschüttern, sondern zu zerstören droht.

Zur Stunde ist es übrigens noch ungewiß, ob es auf Grund des Beschlusses der Reichsgewerkschaft zur völligen Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Deutschland kommen wird. Die tatsächlichen Leitungen der beiden anderen großen Verbände, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) und des Deutschen Eisenbahnerverbandes (sozialistisch) bezeugen, daß der Streikparole überall reiflos Folge geleistet würde. Der Deutsche Eisenbahnerverband ist nach wie vor gegen den Streik, solange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Seine Mitglieder werden ihre Arbeiten im Falle des Ausstandes verrichten. Der Dresdner Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde nach Berlin berufen, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Landesämter des Reichs und die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter beschäftigt die Wichtigkeit der W. I. B.-Meldung über den Streikbeschluss. Sie steht auf dem Standpunkt, daß ihre Mitglieder als Gewerkschaftler dem Beschlusse Folge leisten müßten.

Der Sieg der radikalen Richtung.

Wachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Febr. Als in der gestrigen Abendkammer des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten bekannt wurde, daß der Deutsche Beamtenbund mit seiner Vermittlungsaktion beim Reichsverkehrsminister keinen Erfolg gehabt und daß der Hauptauschuss des Reichstages die Beschlüsse des Kabinetts gutgeheißen habe, war der Sieg der radikalen Richtung gewiß. Gegen 1/8 Uhr morgens erfolgte denn auch die Abstimmung über die Frage, ob der Streik verkündet oder eine letzte Verhandlungsmöglichkeit mit der Regierung angebahnt werden sollte.

Mit sehr knapper Mehrheit stimmten die Befürworter des sofortigen Ausstandes.

Es wurde nunmehr zur Wahl eines Aktionsausschusses geschritten, in dem hauptsächlich Vertreter der unteren Beamten sitzen. Die Vertreter der gemäßigten Richtung verließen die Sitzung. Da das Ultimatum am 1. Februar nachts 12 Uhr abläuft, soll an alle Direktionen die Anweisung ergehen, den Betrieb in der heutigen Nacht stillzulegen. Soweit sich bei den auf der Fahrt befindlichen Zügen nicht erreichen läßt, sollen die Lokomotivführer und das Bahnpersonal am 2. Februar morgens 6 Uhr die Diensträume verlassen. Da das Reichspostministerium auf Anordnung der Reichsregierung Telegramme, die zum Streik der Eisenbahner anfordern, nicht abfertigt, wurden heute morgen eine Anzahl Kurier in die einzelnen Direktionen entsandt. Der Aktionsausschuss selbst hielt in Berlin zusammen. Die Eisenbahnverwaltung rednet damit, daß sich eine größere Zahl arbeitswilliger Beamten zur Verfügung stellen wird, mit deren Hilfe ein

Notstandsverkehr aufrechterhalten werden kann. Das Reichsverkehrsministerium hat bereits heute vormittag telegraphisch alle Eisenbahndirektionen angewiesen, die vor zwei Tagen ausgegebenen Anweisungen mit sofortiger Wirkung in Kraft treten zu lassen. Es sollen sofort von den Polizeibehörden Beamte zum

Schutz der Bahnanlagen und der Arbeitswilligen angefordert werden. An die Stelle streikender Lokomotivführer sollen soweit als möglich im Fahrplan ausgebildete Eisenbahn-Ingenieure treten. Unter allen Umständen soll versucht werden, die Kohlenversorgung aus dem Ruhrrevier und aus Oberschlesien in möglichst großem Umfang sicherzustellen, da sonst die lebenswichtigen Betriebe der Großstädte ernstlich gefährdet würden. Soweit bei den Eisenbahndirektionen ein eigener Bahnhof vorliegt, wie in Württemberg, soll er in weitestem Umfang herangezogen werden. Auch das Einreisen der Technischen Rotkiste steht bevor.

Der Deutsche Eisenbahnerverband nimmt vorläufig noch eine abwartende Haltung ein. Im Laufe des morgigen Tages wird der erweiterte Vorstand nach der neuen Lage Stellung nehmen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die ihren Vorstand bereits gestern zusammenberufen hatte, fällt bis jetzt noch keine Entscheidung. Gestern abend fand eine Versprechung von Mitgliedern dieses Verbandes mit einzelnen Vertretern der Regierung statt. Der Vorstand ist heute morgen zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, doch liegt bis zur Stunde noch kein Beschluss vor. Der Allgemeine Eisenbahnerverband nimmt zu dem Streik vorläufig überhaupt keine Stellung, da die Reichsgewerkschaft sich offiziell weder an ihn, noch an die anderen Verbände gewandt hat.

Im Reichsverkehrsministerium wird versichert, daß alle notwendigen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung eines Notbetriebes und zur Sicherung des Materials getroffen seien. Der Personenverkehr besteht heute weiter und auch der Güterverkehr wird heute noch aufrechterhalten. Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund über eine Vermittlungsaktion desselben haben mit dem Reichsverkehrsministerium nicht stattgefunden. Auch ist im Reichsministerium nichts davon bekannt, daß beschlossen worden sei, daß im besetzten Gebiete der Streik nicht in Kraft treten soll.

Beginn des Streiks der Berliner Werkstättenarbeiter.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 1. Febr. Der Ausbruch zum Generalstreik hat bisher zu Verkehrseinschränkungen in der Abfertigung der Fernzüge nicht geführt. Dagegen sind die Eisenbahnarbeiter aus den Werkstätten angegangen. Welche Ausdehnung der beschlossene Generalstreik in den übrigen Eisenbahndirektionen nehmen wird, ist zur Stunde noch unübersichtlich.

Warnung der deutschnationalen Beamtenenschaft.
Berlin, 31. Jan. Angesichts des drohenden Beamtenstreiks richtet die deutschnationale Beamtenenschaft folgende Warnung an die deutschen Beamten: Die deutschnationale Beamtenenschaft hat von jeher den Beamtenstreik abgelehnt. Sie warnt auch heute die Beamten, sich in einen Streik zu weihen, der unabweisbar zur Beseitigung des Berufsbeamtenums führen und unter anderem wirtschaftlich in den Abgrund stürzen muß. (W. I. B.)

Scharfe Ablehnung der Zwangsanleihe durch die Industrie.

Eigener Ertrag reicht der „Dresdn. Nachrichten“
Berlin, 1. Febr. Die durch das Steuerkompromiß beschlossene Zwangsanleihe findet in industriellen Kreisen nach Besprechungen, die inzwischen stattgefunden, und nach Durchsicht aller Wahrscheinlichkeiten eine scharfe Ablehnung. Wie wir von maßgebenden Persönlichkeiten aus der Industrie erfahren, ist man sich in der Industrie darüber klar geworden, daß die Zwangsanleihe eine willkürliche Überforderung der deutschen Finanzkraft sei und vor allem die hart bekämpfte Finanzkontrolle durch die Entente bringen kann. So wird mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß die Regierung, falls sie der Entente Sicherheit für die zu leistende Reparation geben muß, sich nicht scheuen wird, die Zwangsanleihe den Industrie- und Bergbaukreisen zu verpfänden. Dadurch blühen diese sofort die Möglichkeit, die deutschen Industriebetriebe zu sabotieren. Im übrigen ist man in den industriellen Kreisen an, daß der Gedanke der Zwangsanleihe nicht in Deutschland entstanden sein kann, sondern es sich hier um eine Anregung ebenfalls von Seiten der Entente handelt. Man ist in industriellen Kreisen jedenfalls entschlossen, sich mit allen Kräften gegen die Auslieferung der Zwangsanleihe an das Ausland zu verwenden.

Die Deutsche Volkspartei gegen die Ernennung Rathenaus.

Berlin, 1. Febr. Die parlamentarische Presse zur Ernennung Rathenaus zum Außenminister mitteilen, daß diese Ernennung besonders bei der Deutschen Volkspartei überaus beliebt ist. Es sei zu berücksichtigen, daß bei den Verhandlungen über das Steuerkompromiß bestimmte Vereinbarungen getroffen worden sind, die sich aus den persönlichen und politischen Garantien ergeben hätten. Die Bestimmungen innerhalb der Volkspartei sei so groß, daß man sogar von Zerwürfen sprechen könne, die die Fraktion nicht mehr an das Steuerkompromiß gebunden halten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen veranlassen. Wehren aber heute bereits die volksparteiliche Fraktion. Ein Beschlus wurde jedoch noch nicht gefaßt. Es wird aber großes Gewicht darauf gelegt, festzustellen, daß die Ernennung Rathenaus gegen den Willen und ohne Einverständnis der Volkspartei erfolgt ist.

Frankreich begrüßt die Ernennung Rathenaus.

Paris, 1. Febr. Die heutigen Blätter begrüßen die Ernennung Rathenaus zum deutschen Minister des Auswärtigen. „Echo de Paris“ erblickt in der Ernennung den Beweis, daß Stinnes in seinem Kampf gegen Rathenau unterlegen sei. Rathenau werde jedenfalls in erster Linie damit betraut werden, in Genua den Bericht der Verbündeten auf die Sanctionspolitik, der durch die Haltung des Reichstages nicht mehr und mehr erreicht worden sei, endgültig zu machen. Frankreich habe nur den einen Wunsch, in Deutschland den guten Willen zur Erfüllung zu sehen und werde die Vertreter solchen guten Willens gern unterstützen. Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres müsse Frankreich aber auf Taten bestehen und dürfe sich nicht mehr mit schönen Worten abgeben lassen.

Radek für Anerkennung des Versailler Friedens?

Präsidentenwahl und Berliner Schriftleitung
Berlin, 1. Febr. Karl Radek hat während seines letzten Aufenthaltes dem Korrespondenten des „New York Herald“ ein Interview gegeben, in dem er die Möglichkeit andeutete, daß Radenau sich mit Frankreich verständigen, den Versailler Frieden nachträglich anerkennen, die deutsche Wiederaufbauarbeit in Rußland als „Sachleistungen“ auf Kriegsschuldengrundlagen zu fördern und den Gegenwert dieser Leistungen zur Tilgung seiner Schulden in Frankreich beschleunigen. Er vertritt dabei jedes Wort über oder gegen den Versailler Frieden, obgleich bisher im bolschewistischen Programm der „sozialistische Schandfrieden“ von Versailler öffentlich verdammt wurde.

Die „B. Z.“ bemerkt dazu: Herr Dr. Rathenau, der mit Radek sehr eingehende Unterredungen in Berlin hatte und nun gerade im Augenblick dieses Interviews verantwortlicher Außenminister geworden ist, sollte nicht vermissen, Herrn Radek noch einmal auf die hier gedehnten Absichten für Genua nachdrücklich anzusprechen.

Das Ergebnis der Sowjetwahlen.

London, 1. Febr. Die russische Handelsdelegation erhielt aus Moskau ein Telegramm, das besagt, daß Ergebnis der dreitägigen Wahlen für die russischen Sowjets sei 498 Kommunisten, 18 Unabhängige und ein Menschewik. (B. Z. 2.)

„Curranthe“ im Rahmen der Weber-Woche.

Dresden, 1. Febr. Dresden, am 31. Januar.
Ein Artikel über sie nicht, aber doch immerhin dessen nicht unwürdige Schwester. Und von allem, was die Weber-Woche an Einbrüchen außer dem unerbittlichen Meisterwerke brachte, hat „Curranthe“ doch am stärksten gemittelt. Mag sein, daß ihr und dem Herrn, wenn sie erst einmal auf Webers Weise eingestellt sind, diesem „Schmerzgenie“ des Meisters gegenüber besonders willig und empfänglich werden, mag sein, daß man die störenden Ungereimtheiten des Textes allgemach als historische Erscheinung unbelaugener Dingen nehmen gelernt hat; und bedeutet jedenfalls der Curranthe-Wahnsinn eine, wie möchten wir sagen, in der Erwartung großen und reinen Genuß. Zur Begründung ist da allerdings gleich der Forderung der Hauptrolle durch Gitta, doch Herrberg zu bedenken, die zum Erlebnis des Abends ward. Die Gesänge der Curranthe selbst sind in unbedeutend die eigentlichen Verten der Partitur. Geiragen von der wunderbaren Stimme der Herrberg erhallen sie in herrlicher Schönheit. Eine Art von warmem Wohlklang in edler Intimität und anmutvoller Befelung von da vorüber. Spiel, Darstellung braucht die Curranthe ja gar nicht; sie muß nur hübsch aussehen und schön singen. Und für beides war Elisabeth Herrberg Erfüllung; für das Gesangliche bis an die Grenzen des unvernünftigen Ideals.
Wenn sich eine Vorstellung im Mittelpunkt hebt, in das Ganze damit getragen. Aber die Dresdener Aufführung hat noch weitere Bedeutung um Webers Werk. Sie gibt es in einer geführten Fassung, die nicht nur der Gesanglichen Redlichkeit vorzuziehen zu sein rüdt, sondern auch mancherlei Anspiel auf die Weber im Drama, den Archibald, den Archibald als tollkühnen Helden, der sich gegen die Herren zu setzen, mit unterließ. Der Streich im Anfang des dritten Aktes, der die ganze Schlangenszene befreit und damit den herrlichen Gesanglichen Archibald, daß Frau dem Mörder Rettung dem für „Korb“ noch unerschütterlicher macht, ist freilich ein sehr radikaler Eingriff. Aber was? drum ist, daß er nicht nur die die an wunderbarer Stimmungsmust überreiche Solistene der verlassenen Curranthe am Eingang und führt sofort wieder in das eigentliche Paradies des Werkes. So war es jedenfalls ganz klar, daß man es bei der für die Reueinbildung im September 1917 gemachten Fassung gefaßt hat; auch die Inszenierung hat Tolke so gut wie ganz in der Tat recht vorzüglich gegeben; nur die Träumerei- und Wahrheitsliebe gibt an der gemachten Musik nicht die entsprechend lebendige dramatische Unterlegung.
Das lag nun diesmal freilich auch mit an der Vertreterin der Gattin. Maria Reuschling hat es nicht leicht. Ihr Ton weilt ihr Partien an, die mit zum An-

Vertliches und Sächsisches.

1. Februar.

Die „Dresdner Kaufmannschaft“ gegen das Auslieferungsgesetz.

Der Vorstand der „Dresdner Kaufmannschaft“ hat an das Ministerium des Innern folgendes Schreiben gerichtet:
Der Ausschus der Entente hat in Sachen der Kriegsverbindungen dem Obersten Rat die Entschliessung unterbreitet, die Angehörigen den allierten Mächten zur Abfertigung auszuliefern. Gegen diese Forderung, in der eine Mißachtung der Urteile des obersten deutschen Gerichtshofes liegt, ist aus allen Volkskreisen der lebhafteste Protest erhoben worden, der einstimmigen Widerhall in zahlreichen Rundschreibungen, wie in den Veröffentlichungen der Presse aller Richtungen gefunden hat. Verleugte schon die vom Reichsgericht unter dem Druck der Entente an deutschen Volksgenossen geübte Praxis das Rechtsempfinden des deutschen Volkes, so muß die neue Forderung nach Auslieferung deutscher Männer und Frauen an die Gnade und Ungnade der Feinde unter dem Vorgeben von Gerichtsverhandlungen die tiefste Empörung erwecken. Die Urteile feindlicher Gerichte, die deutsche Soldaten in deren Abwesenheit verurteilt haben, zeigen, welche Verletzung die Auslieferung an gewärtigen haben würden.
Die Entschliessung über den Antrag der Kommission der Entente liegt zwar noch dem Obersten Rat ob und es wäre noch die Möglichkeit vorhanden, daß dort eine andere Auffassung sich durchsetzen werde, als in dem Schicksal dieses Ausschusses, der sich unter französischem Einfluß, zum Ausdruck gelangte. Es ist aber die Gefahr nicht zu verkennen, daß auch der Oberste Rat, dem Antrag des Ausschusses entsprechend, auf dem Vorschlag des Reichsgerichtes deutsche Offiziere und Soldaten an feindliche Gerichte verhandelt wird, da die Entschliessung des Ausschusses einstimmig erfolgt ist und die Beharrlichkeit der Forderung — 3 1/2 Jahre nach Schluß des Krieges — die Hoffnung äußerst herabzusetzen geeignet ist.
Gegenüber dieser schmachvollen Forderung muß das Verlangen nach der amtlichen deutschen Gesandtschaft der feindlichen Kriegsverbrecher, das in weiten Kreisen Deutschlands und des neutralen Auslandes immer dringender erhoben wird, als wirksamste Abwehrmaßnahme betrachtet werden. Davon Gebrauch zu machen, dürfte um so ausföhrlicher erscheinen, als die Dokumente in länger je mehr sich mehren, welche die Verurteilung der Kriegsverbrecher am Krieges zehnten, und als mit ihnen ein vor der Geschichte sich haltendes Gegenbild in die Wege geleitet werden kann.
Der Bewegung gegen das Auslieferungsgesetz, die von Körperlichkeiten, welche als politische Geistes- und Berufe bezeichnen, auch auf die wirtschaftlichen und Berufsvereinigungen übertragen hat, weil es sich um eine die Ehre des Deutschlands verletzende nationale Frage handelt und als solche Regierung und Volk in gleicher Weise berührt, schließen auch wir uns mit der Bitte an,
bei der Reichsregierung dringend vorzutreten zu werden, daß dem Verlangen der Entente ein unabweisbarer Widerstand entgegenzusetzen werde und daß als Gegenmaßnahme gegen das Verlangen der Entente die deutsche amtliche Gesandtschaft der feindlichen Kriegsverbrecher zur Veröffentlichung gelangt.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand der „Dresdner Kaufmannschaft“,
ges. Kommerzienrat Konrad Mittsch,
Vorstand.

Sachsens Industrie zur vorläufigen Arbeitslosenversicherung.
Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu dem Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. Nach einem ausführlichen Referat des Sachvertrags Prins. Waldheim und eingehender Aussprache stimmte der Gesamtvorstand dem Gesetz trotz der sehr erheblichen Belastung, die die Industrie dadurch wiederum erfährt, grundsätzlich zu. Da durch dieses Gesetz die Erwerbslosensicherung mit ihren volkswirtschaftlich außerordentlich nachteiligen Wirkungen abgeleitet werden solle. Als Voraussetzung für diese Zustimmung hielt der Gesamtvorstand jedoch folgende Gesichtspunkte für notwendig:
Die Bestimmung, nach der die Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen, hielt der Vorstand nicht für unbedenklich, da kein ersichtlicher Grund vorhanden sei, die Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft von der Versicherung auszuschließen. Die Bestimmung, wonach bei sogenannter Kurzarbeit die Arbeitgeberbeiträge weiter eingezahlt werden sollen, muß nach Ansicht des Gesamtvorstandes, namentlich im Interesse der mittleren und kleinen Betriebe, beibehalten werden.
Ferner hielt es der Gesamtvorstand für unbedenklich, daß die Frage der Staffelung der Beiträge erwogen

wird, während der Übergangzeit die Beiträge gleich hoch für alle Industrie- und Gewerbe- und alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht bemittelt. Die Verantwortlichkeit der Industriebetriebe untereinander läßt diese gleichmäßige unterchiedlose Belastung als unzureichend erscheinen. Für den Erwerb der Auslieferungsbefreiungen während der Übergangzeit, dem Reichsminister einen Ausschus an die Seite zu setzen. Endlich wird man nach Ansicht des Gesamtvorstandes um eine scharfe Kontrolle der Erwerbslosen nicht herumkommen; demnach müssen die hiesigen hiesigen Meinungsverschiedenheiten darüber, namentlich zwischen Städten und Erwerbslosenämtern, ob es sich im einzelnen Fall um Unterhaltungsbedürfnisse handelt, die eigentlich der Armenfürsorge zuzuführen sind, oder um Arbeitslose, die unter die Erwerbslosenversicherung zu rechnen sind. Das Reichsgericht berührt diese Frage gar nicht. Ihre völlige Überlegung wird aber bei der Durchführung des Gesetzes sicher zu praktischen Schwierigkeiten führen.

Die Deutsch-sozialistische Partei

hatte am Dienstagabend eine Versammlung in den großen Vereinsräumen abgehalten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Duka, wurde an Stelle des erwarteten, aber plötzlich erkrankten Führers der Partei, Generalsekretär Kunze, Herr Duka, Berlin, das Wort, um in großen Umrissen das Wesen der deutsch-sozialistischen Partei und die Ziele dieser Partei zu schildern. Die Ursachen unseres Zusammenbruchs seien schon weit vor Kriegsausbruch zu suchen, nicht zuletzt im verhängnisvollen Irrtum, die Staatsangehörigkeit über die Volksgemeinschaft zu stellen; diesem Irrtum hätten wir es heute zu verdanken, unser Schicksal in die Hände eines Rathenau gelegt zu sehen, dem nach seinen eigenen Worten der Versailler Vertrag heilig sei, und der in Genua erklärt habe, nicht für das deutsche Volk, sondern als Vertreter einer internationalen Finanzgruppe sprechen zu wollen. Aus dem fürchterlichen Stand der Gegenwart könne und solle internationale Schwärmer, sondern nur der große Bloß aller christlich schaffenden deutschen Volksgenossen retten, der den härtesten Kampf gegen die Front aller fremdkämmigen Truppen, Schieber und Buhner aufnehmen müsse. Dieser Gegenstand müsse in Zukunft hat der künstlich gegenwärtig ausgeprägten Kampf der Bürger und Arbeiterklasse das innerpolitische Kampffeld beherrschen. Der gewaltige Ring der Arbeitenden werde seine Berufsvertretungen im Reichstagsparlament der Zukunft finden. Redner schloß dann die Stellung seiner Partei zu verschiedenen im Brennpunkt des Interesses stehenden Gegenwärtigen und wies darauf hin, daß die Regierung, um der fürchterlichen Wohnungsnot zu begegnen, endlich einmal den ungeheuren Zustrom von Ausländern jeder Rasse und Nation unterbinden müsse. In der Ernährungsfrage müsse der Schwerpunkt auf die Steigerung unserer Produktion gelegt und gegen das Unweiden der Unterproduktion rücksichtslos eingeschritten werden. Bei strenger Erfüllung aller Kriegsgewinne solle das durch Verhinderung in die Hände weniger Privatpersonen gelangte Volkseigentum der Allgemeinheit zurückgegeben werden. Die Sozialisierung hätte mit der Verstaatlichung aller Banken und Börsen beginnen müssen.
In den mit herzlichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß er eine Ansprache.

Tagung der Internationalen Erbkommision.

Die Internationale Erbkommision trat am gestrigen Dienstag zu einer besonderen Tagung in Dresden zusammen, um die zweite Lesung des Erbkommisionen vorzunehmen. Deutschland ist vertreten durch den Gesandten Seeliger vom Reichsverkehrsministerium, den sächsischen Gesandten v. Roth-Dreiwitz und den hamburgischen Staatsrat König als Delegierte, die von dem Ministerialsekretär v. Vochhammer begleitet sind. Ferner sind vertreten Belgien durch den Gesandten Brunet; Frankreich durch den Präsidenten Charaudeau; England durch den Gesandten Waldwin; Italien durch den Vizekonsul Vauclair di Cabotti; begleitet von Kapitän Vo, und die Tschechoslowakei durch den Staatssekretär Müller und Professor Ritz, begleitet von den Herren Párr und Rbec. Außerdem nimmt der holländische Ingenieur Romijn als Vertreter des Völkerbundes an den Sitzungen teil. Den Vorsitz führt der Gesandte Seeliger, als Generalsekretär fungiert Herr Charaudeau.

In der gestrigen ersten Sitzung wurden hauptsächlich formelle Fragen besprochen und erledigt, sowie einige grundlegende Artikel der künftigen Abente über das internationale Erbkommisionen, die Freiheit der Schifffahrt und die Gleichberechtigung der Flaggen aller Nationen erörtert und angenommen.

Kunst und Wissenschaft.

Zum Gedächtnis Max Bowers.

Dem am 18. Oktober des vergangenen Jahres verstorbenen Dichter Max Bower, der jahrelang draußen in Verbannung sein Heim hatte, breiteten seine Dresdner Freunde am Dienstagabend im Palmengarten eine würdige Gedenkfeier. Die harte Verurteilung daran zeigte, daß der Bowergänger auch in Dresden eine große Beweise sein einen nennen durfte, daß er mit seinen vollwertigen Schöpfungen den Weg zu den Ozeanen vieler schaffender aber noch mehr als das, Max Bower war ein wahrhaftiger Dichter, wie solche die gegenwärtige Zeit nicht nötig hätte. Er war bis zu seinem letzten Lebensjahre erfüllt vom Glauben an einen Wiederaufbau des deutschen Volkes! Die schlichte,

aber in ihrer Art so tiefereffende Gedächtnisfeier ließ noch einmal den Dichter vor seinen Freunden erleben. Das Bodium schmückte zwischen Vorberäumen das lebensgroße Bildnis Bowers, das den Helmschmuck in der Vollkraft seines Lebens zeigt. Es ist ein Werk seines Freundes Emmerich Andriess, der es 1902 schuf. — Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die vom Hofprediger Repler gehaltenen Gedächtnisrede. Sie grüßte sich auf das Weithorn, doch das Bild der Erdentinder ist doch die Persönlichkeit. Im Eingange betonte der Sprecher, wie das deutsche Volk vor allen Völkern dadurch begnadet war, daß aus seinen Reihen große Männer auf allen geistigen Gebieten hervorgingen, daß aber der gegenwärtigen Zeit die Führer fehlten. Aber wenn sie auch keinen Goethe und keinen Schiller gedenkt, so schenken ihr doch nicht Männer, die erfüllt von Tüchtigkeit und deutscher Kraft waren. Ein solcher sei Max Bower gewesen. Der Redner erinnerte nun kurz den Lebensgang des Verewigten, der von seinem Vater den Sinn fürs Künstlerische, von seiner Mutter das mitfühlende Herz und von seiner rheinischen Heimat die Sinnlichkeit des Gemüts mit auf den Lebensweg bekommen habe. Dann führte der Redner weiter aus, wie sich Bower nach seinen Studienjahre ganz der Literatur widmete und wie sein ganzes dichterisches Schaffen in erstes Einle in den Dienst des vaterländischen Gedankens geknüpft war. Drei Lebensjahre seien ihm eigen gewesen. Es war ein dreifachteiliges und eine Kompagnatur, die seine Kompromisse fannte, und er war durchglüht von hoher Vaterlandsliebe, erfüllt von deutscher Meinung und deutschem Geist, den er in Bismarck verkörpert sah. Die hiesige Wunde schlug ihm der Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Aber auch als einen tiefreligiösen Menschen dürfte man Bower bezeichnen. Es sei ihm nicht vergönnt gewesen, die Morgenröte einer neuen Zeit anzusehen, aber wenn ihre Stunde gekommen, dann habe dieser fernwärtige Dichter dazu beigetragen, den man zu Unrecht aufschreibt, denn sein Schaffen hand über den politischen Parteien. Die aus bewegtem Herzen gegebene Würdigung des Verewigten hinterließ einen tiefen Eindruck. Die Rede war umrahmt von künstlerischen Darbietungen. Kammermüller, Dahn, Kadele von der Staatsoper (Ges.) spielte das Hir von Bach und ein Andante von Holtermann, Kammeränger Max L. Ditto sang vier Lieder von Bower. In der Vertung von Prof. Dahn Hermann, der selbst am Klavier begleitete und Solospieler Hugo W. A. F. sprach eine Reihe Gedächtnisrede Max Bowers. Der Redner wies die bekannte Persönlichkeit aus Kunst und Wissenschaft; als Beteiligter war der Bruder des Dichters, Reichsgerichtsrat Dr. Bower, anwesend. Die wohlwollende Zuhörer sind in allen, die sie erlebten, noch lange nachklängen.

Börsen- und Handelsteil.

Dresdner Kurse vom 1. Februar.

Table with columns for 'Markt- und Stadtkonkurrenz', 'Bank-, Transport- und Bausgesellschafts-Aktionen', and 'Maschinen- und Metallindustrie-Aktionen'. It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Elektr. Unternehmungen, Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik-Aktionen', 'Papier-, Papierstoff-Fabrik- und Photogr. Artikel-Aktionen', and 'Porzellan-, Glas-, Chamotte- und Glasfabrik-Aktionen'. It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Brauereien, Malz- und Spirit-Fabrik-Aktionen', 'Porzellan-, Glas-, Chamotte- und Glasfabrik-Aktionen', and 'Verschiedene Industrie-Aktionen'. It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Table with columns for 'Antlich notierte Devisenkurse.' It lists exchange rates for various locations.

Table with columns for 'Antliche Berliner Kurse vom 1. Februar.' It lists various stocks and their prices.

Publikumsfeier. Am 1. Februar feiert der Handelslehrer Hugo Hofmann an der Altschulischen Handelshochschule...

Die Klage der Kirche erklärt wieder eine scharfe Beleuchtung durch eine Verordnung des evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats...

Neue Weile für die Gläubiger. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Kustadt als Pfandbesitzer hat für den 2. Februar...

Verpflichtung der Lage des städtischen Arbeitsmarktes. Nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung...

Einbruch. In der Nacht zum 31. Januar sind aus einem Keller am Schützenplatz ein Schrank mit einem Koffer...

Die Feuerwehre wurde gestern, Dienstag, 12 Uhr nachmittags...

Wetterlage in Europa am 1. Februar 1922, 8 Uhr früh.

Table showing weather conditions across Europe with columns for location, wind, temperature, and other weather indicators.

Die nordwestliche Tiefdrucklage scheint sich nordwärts zu entfernen...

Wettermeldungen aus Schiffs vom 1. Februar.

Table showing ship weather reports with columns for station, altitude, barometer, temperature, wind, and other data.

Wetter-Aussicht für Mittwoch den 2. Februar.

Wolkig trüb; zeitweise leichte Niederschläge.

Mitteilungen der Staatstheater. Opernhaus:

Morgen, Donnerstag (7): 'Die Frau des Herrn' mit Otto Felsner...

Großes Volksharmonisches Konzert.

Als Vorbereitungsgrund für unsern Weber war die Freischuh-Übernahme...

Wespaiger Börse vom 1. Februar.

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Berliner Kaufmann-Großhandels-Preise.

(Inhaltlich) für 50 Kilogramm. Weizen und Roggenmehl, Gerstentrock...

Wespaiger Börse vom 1. Februar.

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Wespaiger Börse vom 1. Februar.

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Der Verkehr an der heutigen Börse war noch stiller als am gestrigen Tage...

Dresdner Nachrichten 2. Jahrgang Nr. 53

